

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

IT-Angriffe auf Kommunen und Krankenhäuser, unbekannte Drohnen über Flughäfen, Ausspähung und Bedrohung unserer kritischen Infrastrukturen und großangelegte Desinformationskampagnen: Unsere Freiheit und unsere Demokratie werden immer häufiger angegriffen. Wir sind überzeugt: Europa, Deutschland und auch Bayern müssen gewappnet sein, wenn Autokraten unsere demokratischen Werte ins Visier nehmen.

Angesichts der verschärften Sicherheitslage in Europa gewinnt gerade die zivile Resilienz erheblich an Bedeutung. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen deshalb darauf hinwirken, dass unsere Gesellschaft rasch wachsamer, resilienter und wehrhafter wird. Vom Bund fordern wir, dass er die Länder mit auskömmlichen Mitteln ausstattet, damit diese ihren Aufgaben in der Gefahrenabwehr vollumfänglich gerecht werden können. Die Erfordernisse des Schutzes von Bevölkerung und Infrastruktur müssen Priorität haben.

Wir haben deshalb diese Woche ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das wir im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert haben. Mit diesem Maßnahmenpaket wollen wir die Resilienz in Bayern nachhaltig stärken. Einer unserer Vorschläge: Wir benötigen auskömmliche Mittel vom Bund – nur so können Schlüsselbereiche wie Energie, Verkehr, Gesundheit und Kommunikation im Ernstfall geschützt werden. Außerdem plädieren wir für spezifische Informationsangebote für unsere Kommunen und die Bevölkerung, um das Bewusstsein für hybride Bedrohungen und entsprechende Verhaltensweisen zu schärfen.

Klar ist: In einer Welt, in der westliche Allianzen auf die Probe gestellt werden und autoritäre Regime zunehmend aggressiv eigene Interessen verfolgen, müssen wir unsere Unabhängigkeit stärken. Unsere Antwort auf die globalen Bedrohungen muss in einer gestärkten strategischen Resilienz Deutschlands und Bayerns liegen – der Freistaat wird dazu einen eigenen Beitrag leisten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

5-PUNKTE-PLAN GEGEN HYBRIDE BEDROHUNGEN

KEINE ANLASSLOSEN CHATKONTROLLEN!

JA ZUR OLYMPIA- BEWERBUNG

UNSERE WOCHE AUF SOCIAL MEDIA

Pressekonferenz im Landtag: Fraktion stellt Fünf-Punkte-Maßnahmenplan gegen hybride Bedrohungen vor

Diese Woche haben wir eine umfassende Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen und zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz vorgestellt, um Sicherheitsbehörden und Gesellschaft insgesamt zu ermächtigen, sich effektiv und entschlossen gegen die Angriffe von innen und von außen zu verteidigen. Um die Sicherheit der Menschen in Deutschland und Bayern in diesen herausfordernden Zeiten zu gewährleisten, hat die Fraktion einen Fünf-Punkte-Maßnahmenplan beschlossen. Dieser umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:

>> Mehr Finanzmittel für Aufgaben der Gefahrenabwehr

Die im März erfolgte Grundgesetzänderung ermöglicht dem Bund höhere Ausgaben für die Landesverteidigung, den Bevölkerungsschutz und den Schutz informationstechnischer Systeme. Soweit entsprechende Aufgaben in die Zuständigkeit der Länder fallen, müssen diese – und damit auch der Freistaat Bayern – mit zusätzlichen Finanzmitteln in erforderlichem Umfang ausgestattet werden. Konkret fallen darunter die Drohnenabwehr samt entsprechender Ausrüstung der Polizei, der Aufbau von Spezialeinheiten, die Ertüchtigung der Krankenhäuser und der Schutz der kritischen Infrastruktur.

>> Gesellschaftliche Resilienz ausbauen

Angesichts der verschärften Sicherheitslage in Europa muss die Bevölkerung in die Lage versetzt werden, sich auf verschiedene Bedrohungs- und Krisenszenarien vorbereiten zu können. Der Bund soll dazu eine Informationsbroschüre über richtiges Verhalten in verschiedenen Krisen- und Konfliktsituationen entwickeln und an alle Haushalte der Bundesrepublik verteilen.

>> Mehr Unterstützung für Kommunen

Städte und Gemeinden müssen im Verteidigungsfall in der Lage sein, den Schutz der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehren und dem Rettungswesen organisieren sowie durchziehende Militärverbände unterstützen zu können. Erste Bürgermeister, Landräte und Bezirkstagspräsidenten sowie Führungskräfte der kommunalen Verwaltungen sollen deshalb im Rahmen von Informationsveranstaltungen über Planungen, Vorbereitungsmaßnahmen und Aufgabenfelder, die sich für den Bevölkerungsschutz oder die zivil-militärische Zusammenarbeit ergeben könnten, aufgeklärt werden.

>> Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruch für Hilfs- und Rettungsdienste

Gezielte Vorbereitungs- und Fortbildungsmaßnahmen sind Grundvoraussetzung, um die Hilfsorganisationen bestmöglich auf neue Einsatzszenarien vorzubereiten. Ziel ist die Entwicklung eines Modells für einen Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruch für ehrenamtliche Einsatzkräfte der freiwilligen Hilfsorganisationen, die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Übungen wahrnehmen.

>> Bayern als Standort für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien stärken

Ziel ist der Aufbau eines Netzwerks aus Forschung, Start-ups sowie Industrie, um mehr Innovation und Entwicklung in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie zu ermöglichen. Mit dem Aufbau des Defense Lab Erding fördert der Freistaat bereits ein entsprechendes Innovationszentrum. Weitere geeignete Grundstücke des Freistaats bzw. der Bayerischen Staatsforsten – darunter etwa der Hagenauer Forst in Schrobenhausen – sind in den Blick zu nehmen.

Mehr [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag: Fraktion lehnt anlasslose Chatkontrollen entschieden ab

Die EU-Kommission will Betreiber von Messengerdiensten dazu verpflichten, auf behördliche Anordnung sämtliche Kommunikation wie Textnachrichten, Bilder, Videos, Sprachnachrichten und Links auf kinderpornografische Inhalte zu durchsuchen. Für uns stellt der Vorschlag einen massiven Eingriff in die Grundrechte dar. Mittels Dringlichkeitsantrag gehen wir deshalb gegen den Vorstoß der Kommission vor. Denn das Briefgeheimnis muss auch im digitalen Raum gelten.



Auch vertrauliche Kommunikation von Berufsgeheimnisträgern wie Rechtsanwälten, Ärzten oder Journalisten würde bei anlasslosen Chatkontrollen der Überwachung durch Dritte unterliegen. Betroffene würden dadurch von einer Nutzung bislang sicherer Messengerdienste abgeschreckt und folglich in ihrer Kommunikationsfreiheit eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die Technologien zur Massenüberwachung fehleranfällig sind und unbescholtene Nutzer somit unter falschen Verdacht geraten könnten. Zudem ruft die Durchbrechung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung Sicherheitsrisiken hervor.

Unsere Haltung ist klar: Von der technischen Möglichkeit des Auslesens von Inhalten auf dem Endgerät sollte allenfalls sehr eingeschränkter Gebrauch gemacht werden. Die EU-Kommission sollte ihre Initiative daher zurückziehen. Es braucht einen neuen, grundrechtskonformen Vorschlag. Es muss dabei bleiben, dass in private Kommunikation nur bei konkretem Verdacht und nur mit richterlicher Genehmigung eingegriffen werden darf. Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Anstelle von schrankenloser Überwachung braucht es wirksame Instrumente für die Bekämpfung und Vermeidung von sexuellem Missbrauch von Kindern in ganz Europa. Bayern zeigt mit dem Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet unter dem Dach der Zentralstelle Cybercrime Bayern bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg, wie es geht.

Mehr [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag: Fraktion will Olympische Spiele nach München holen

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns parlamentarisch für Bayerns Bewerbung um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 ein – und ermutigen alle Bürgerinnen und Bürger, sich in dem anstehenden Bürgerentscheid für die Spiele auszusprechen. Die Olympischen Spiele sind mehr als nur ein Sport-Großereignis – sie sind ein Fest der Völkerverständigung. Bayern hat bereits eindrucksvoll bewiesen, dass es Sportgroßveranstaltungen austragen kann – von den Olympischen Spielen 1972 über die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 bis zu den European Championships 2022 und der Fußball-Europameisterschaft 2024.



Gerade die Spiele von 1972 haben gezeigt, was in der Landeshauptstadt möglich ist – und mit Olympia 2036, 2040 oder 2044 könnten wir die Region erneut einen beachtlichen Schritt in die Zukunft führen. Olympische Spiele in München würden Verkehr und Digitalisierung voranbringen, Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen. Gerade bei Nutzung der zahlreichen bestehenden Sportanlagen können wir mit Nachhaltigkeit punkten. Die Spiele senden auch ein optimistisches Signal an die junge Generation unseres Landes – gerade sie wird dringend benötigt, um den Vereinssport und das Ehrenamt in Bayern auch in Zukunft auf Spitzenniveau zu halten.

Wir sind das Sportland Nummer eins in Deutschland – die Olympischen Spiele in München geben uns die einmalige Möglichkeit, Gastgeber eines weltweiten Publikums zu sein und gleichzeitig das Miteinander und den Zusammenhalt zu stärken. Wie die Spiele in Paris 2024 bewiesen haben, verbindet der Sport gerade in unsicheren Zeiten die Menschen und schafft Gemeinsamkeiten. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Spiele eine historische Chance für unser Land darstellen. Deshalb sagen wir JA zu den Olympischen und Paralympischen Spielen in Bayern!

Mehr [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag: Fraktion will Hebammen-Belegschaft erhalten

Hebammen sind unverzichtbar für die ambulante Notfallversorgung von Schwangeren und Gebärenden. In Bayern wird diese Versorgung im Vergleich zu anderen Bundesländern maßgeblich von freiberuflichen Beleghebammen geleistet. Daher setzt sich unsere Fraktion mittels Dringlichkeitsantrag erneut dafür ein, dass das bewährte Beleghebammensystem auch in Zukunft erhalten bleibt. Bereits im Mai 2025 haben wir einen Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht und mehr finanzielle Wertschätzung von Beleghebammen sowie eine gerechtere Vergütung gefordert. Der juristische Weg der Klage, die Kritik des Schiedsspruchs sowie das Eilverfahren dauern insgesamt jedoch zu lange.

Der neue Hebammenhilfvertrag wird bei Beleghebammen zu Verdiensteinbußen von bis zu 30 Prozent führen. Wenn massenhaft Hebammen aus der Geburtshilfe aussteigen, wird es im gesamten Bundesgebiet zu Versorgungsengpässen in der Geburtshilfe kommen. Bundesweit werden rund 20 Prozent aller Kinder von Beleghebammen zur Welt gebracht, in Bayern sind es bis zu 80 Prozent. Gerade Kliniken in strukturschwachen Regionen sind häufig im Belegschaftssystem organisiert. Aber auch vermeintlich sichere Kommunen können betroffen sein, da ein Dominoeffekt droht. Denn durch die hohe Quote an geplanten und ungeplanten Kreißsaalschließungen der vergangenen Jahre können die wegfallenden Kapazitäten räumlich und personell nicht aufgefangen werden.

Die verbliebenen Kreißsäle sind überlastet und die wichtigen Fachkräfte kündigen. Ziel muss die Versorgung der Frauen und Familien mit Geburtshilfe und Notfallversorgung sein – das funktioniert aber nur durch den Erhalt des Beleghebammensystems. Dabei sollten die Ergebnisse des bayerischen Runden Tisches als Richtungsanzeiger herangezogen werden. Bis zu einer Verhandlungslösung, für die sich die Vertragsparteien eine enge Frist setzen müssen, muss das alte Recht weiter angewandt werden. Es gilt jedoch, eine Einigung im Sinne der Hebammen und Familien zu finden.

Mehr [HIER](#).

Aktuelle Stunde: Fraktion steht zum 1.000-Windräder-Ziel

Wir wollen den Freistaat so weit wie möglich unabhängig von Energieimporten machen und damit krisenfest aufstellen. Dabei stehen wir für eine Energiewende mit Augenmaß – und einen vernünftigen Umgang auch mit Windenergie. Klar ist: Wir werden bis auf weiteres auch auf fossile Energieträger angewiesen sein, werden diese aber so weit ersetzen, wie dies wirtschaftlich vertretbar ist. Dass die Menschen eine Umzingelung ihres Wohnorts mit Windrädern kritisch sehen, können wir nachvollziehen. Notwendig ist eine faire Verteilung der Windenergieflächen im ganzen Land und außerdem Fingerspitzengefühl bei der Flächenauswahl in den Regionen. Damit auch die Menschen vor Ort von Windenergieanlagen profitieren, machen wir eine finanzielle Beteiligung der Kommunen verpflichtend. Etwa 30.000 Euro spült rechnerisch jedes neue Windrad künftig in die Gemeindekasse. Das zeigt: Wir bringen die Energiewende gemeinsam mit den Menschen voran, anstatt Vorurteile zu befeuern.

Mehr [HIER](#).

Im Plenum: Fraktion kritisiert realitätsferne Energiepolitik

Wegen hoher Energiepreise liebäugeln manche Rückwärtsgewandten mit einer Renaissance der Kernenergie. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist klar: Der überhastete Atomausstieg im Jahr 2023 war ein Fehler – aber eine Reaktivierung oder gar ein Neubau von Kernkraftwerken kommen für uns derzeit nicht in Frage. Der Rückbau von Isar 2 und Gundremmingen ist so weit fortgeschritten, dass kaum ein Experte eine Umkehr für technisch und wirtschaftlich sinnvoll hält. Und für Neubauten wäre spätestens bei der Standortsuche mit massivem Widerstand vor Ort zu rechnen – ganz zu schweigen von der immer noch ungeklärten Frage der Endlagerung. Eine Auseinandersetzung à la Wackersdorf kann niemand ernsthaft wollen.

Hinzu kommt: Kernenergie ist schlicht zu teuer. Eine wissenschaftliche Studie des Fraunhofer ISE kam 2024 zum Ergebnis, dass Atomstrom deutlich kostspieliger ist als die Stromerzeugung aus PV, Wind und auch Biomasse. Davon zeugt auch die Kostenexplosion bei den laufenden Kernkraft-Neubauprojekten im französischen Flamanville und im Südwesten Englands. Als FREIE WÄHLER-Fraktion stehen wir für eine pragmatische und ideologiefreie Energiepolitik. Den Ausbau der Erneuerbaren wollen wir weiter voranbringen und durch Energiespeicher ergänzen. Zumindest für eine Übergangszeit wird es ohne fossile Gaskraftwerke jedoch nicht gehen. Damit langfristig die Kernfusion als klimafreundliche und sichere Energiequelle dienen kann, unterstützen wir Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.

Mehr [HIER](#).

Weniger Bürokratie bei Zulassung überbreiter Landmaschinen

Auf Antrag unserer Fraktion hat der Landwirtschaftsausschuss diese Woche eine Entbürokratisierung der Zulassung von überbreiten Landmaschinen für den Straßenverkehr beschlossen – diese betrifft etwa Mähdrescher. Damit wollen wir erreichen, dass Landwirte nur einmal zum Amt müssen, wenn sie ihre überbreiten Landmaschinen im Freistaat auf den Straßen bewegen wollen.

Denn Landwirte werden hierbei bisher vor unnötige bürokratische Hürden gestellt: So ist eine fahrzeugbezogene Ausnahmegenehmigung nach § 70 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und eine streckenbezogene Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzuholen. Wir finden: Die fahrzeugbezogene Ausnahmegenehmigung für überbreite Landmaschinen sollte in ganz Bayern oder besser noch Deutschland automatisch als erteilt gelten, wenn Landwirte für diese Fahrzeuge eine Betriebserlaubnis sowie das Gutachten eines Sachverständigen zur technischen Verkehrssicherheit vorlegen können.

Wer diese Nachweise gemeinsam bei der Erlaubnisbeantragung nach § 29 Abs. 3 StVO vorzeigt, die wiederum nicht nur für einzelne Landkreise, sondern für ganz Bayern für zehn Jahre gelten soll, sollte nicht für den gleichen Zweck einen erneuten Behördengang antreten müssen. Andere Pflichten, etwa zur Haupt- und Abgasuntersuchung, blieben unberührt. Mehr [HIER](#).

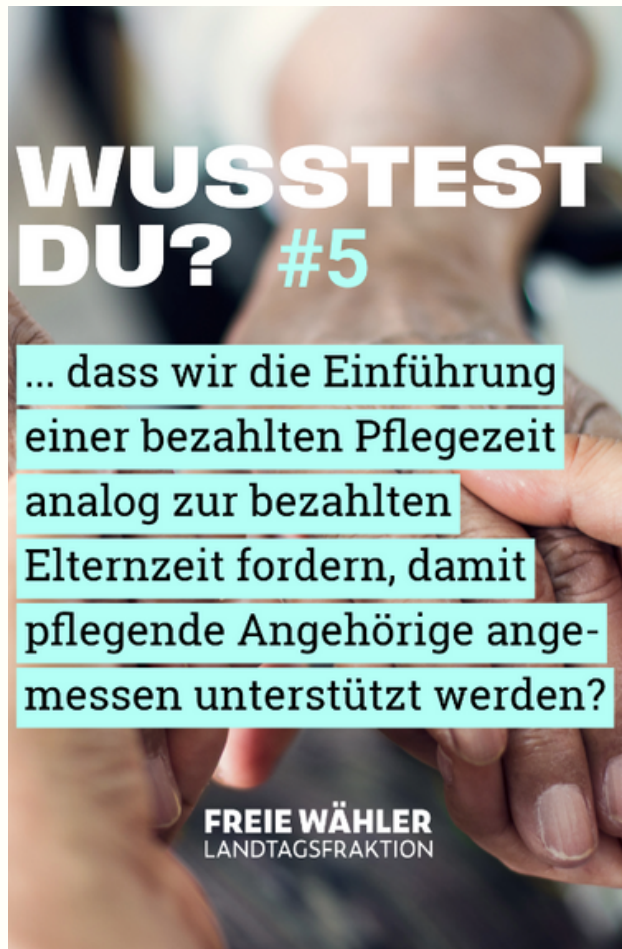
Bund setzt mit Informationsbroschüre für den Krisen- und Konfliktfall Forderung unserer Fraktion um

Wie ein sinnvoller Vorrat angelegt wird, wie man trotz ausgefallener Netze informiert bleibt oder wie man sich bei Explosionen richtig verhält: Darüber informiert seit dieser Woche eine neue aktualisierte Infobroschüre des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Wir sehen mit der Veröffentlichung eine unserer jüngsten Forderungen erfüllt – pochen aber auf weitere Anstrengungen.

Wie seitens der Fraktion gefordert, erhält die Broschüre Hinweise zum Anlegen von Lebensmittelreserven oder dem richtigen Verhalten bei unterschiedlichen Krisenereignissen. Allein: Die Broschüre muss von jedem Einzelnen proaktiv im Internet heruntergeladen oder bestellt werden – das ist eine zu große Hürde, um die flächendeckende Informationsvermittlung sicherzustellen.

Wir fordern deshalb, dass der Ratgeber an alle Haushalte der Bundesrepublik verteilt werden soll, wie es etwa mit einer vergleichbaren Broschüre in Schweden geschehen ist. Mehr [HIER](#).

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA



#MemeDerWoche: Wusstest du?

Die Pflege in Deutschland benötigt ein Update! Es braucht dringend Lösungen für die aus dem Ruder laufenden Kosten für die Pflegeversicherung. Dazu müssen die Ausgaben massiv gesenkt werden – etwa indem sachfremde Leistungen nicht mehr durch die Pflegeversicherung bezahlt werden. Zudem sollte die Bundesregierung pflegende Angehörige endlich angemessen unterstützen – zum Beispiel mit einer bezahlten Pflegezeit analog zur bezahlten Elternzeit. Auch die Kapazitäten in der Tages- und Kurzzeitpflege müssen dringend ausgebaut werden, um pflegende Angehörige – allen voran auch Young Carers – zu entlasten. Außerdem plädieren wir für einen sektorenübergreifenden Ansatz, um Pflege zuhause durch die Angehörigen, ambulant und stationär miteinander zu verzahnen. Zum Post auf Instagram geht's [HIER](#).

#StreiblsStandpunkt: So ermöglichen wir effektive Drohnenabwehr!

Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hat eine ganz persönliche Sicht auf die Bewerbung Münchens für die Olympischen Sommerspiele. Was ihn dabei besonders bewegt, hat er diese Woche in unserem Social Media-Format #StreiblsStandpunkt erzählt.

Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).





#BilderDerWoche: Austausch mit „Plant for the Planet“

Im Februar 2020 gründete der damals neunjährige Schüler Felix Finkbeiner die Umweltinitiative „Plant for the Planet“. Die Organisation aus Tutzing am Starnberger See hat seitdem über 100.000 Kinder und Jugendliche aus 76 Ländern ermutigt, sich für mehr Klimagerechtigkeit sowie die Renaturierung und den Schutz von Wäldern einzusetzen.

Diese Woche haben wir Fatou Jeng, International Relationship Empowerment Manager, und Caro Gusinda, Executive Director von „Plant for the Planet“, zu uns in den Landtag eingeladen, um mit ihnen über die verschiedenen Akademien und Workshops, die Organisation von klimabezogenen Veranstaltungen, finanzielle Unterstützungs- und weitere Kooperationsmöglichkeiten zu sprechen. Zum Post geht's [HIER](#).

#ReelDerWoche: Anlasslose Chatkontrollen durch die EU?

Die EU-Kommission will Betreiber von Messengerdiensten dazu verpflichten, auf behördliche Anordnung sämtliche Kommunikation wie Textnachrichten, Bilder, Videos, Sprachnachrichten und Links auf kinderpornografische Inhalte zu durchsuchen. Was unser Digitalminister Dr. Fabian Mehring und unser Sprecher für Digitalisierung Tobias Beck davon halten? Das erfahren Sie im Reel!

[HIER](#) geht's zum Reel auf Instagram.



20.10.2025

Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister

Klosterstraße 10

91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735

Fax 09191/6219736

thorsten.glauber@fw-landtag.de

www.thorsten-glauber.de